

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Freitag mit Ausnahme...

Bestellen Sie die „Freiheit“... Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13.

STREIFITZ

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gewalt oder Recht?

Die Gefeslofigkeiten in Berlin.

Noch immer hält es die Regierung mit ihren Befehlungen für die Pressefreiheit für vereinbar...

Das ist um so mehr zu verurteilen, als es sich bei dem Verbot des Erscheinens der „Republik“ ebenso um ein Präventiv-Verbot handelt...

Auch der „Freiheit“ ist bis heute weder eine schriftliche Mitteilung über das Verbot, noch eine solche über die Aufhebung...

Die „Vossische Zeitung“ teilte gestern mit, daß der Abgeordnete Haase in der Nationalversammlung zwei kleine Anfragen eingebracht habe...

Ebenfalls als einen Akt völlig ungerechtfertigter Willkür muß unser die Verhaftung unseres Kollegen A. Stein angesehen werden...

Der Berliner Kriegsjoungling.

Berlin lebt weiter unter dem Zeichen des Belagerungszustandes. In verschiedenen Stadtteilen sind Maschinengewehre und Kanonen aufgeführt...

In den Nachmittagsstunden des gestrigen Tages schreien auf einen kurzen Augenblick ein paar Artilleriegeschütze die Bevölkerung auf...

Gefangenen nicht aus und es müssen andere Räume dazu bereitgestellt werden.

Wie es heißt, sind die Aufständigen in Richtenberg von allen Seiten von Regierungstruppen umstellt...

Der neueste Heeresbericht.

Die bürgerlichen Wänter veröffentlichen fortlaufend amtliche Berichte über die militärische Lage in Berlin...

Im ganzen gewinnt man den Eindruck, als würde die militärische Bedeutung und Gefährlichkeit des „Gewerra“ erheblich übertrieben.

Der einzige tatsächliche Inhalt des gestrigen Berichtes ist folgende Stelle:

„Auf militärische Anordnung hin haben die Bewohner der Straßen: Schilling, Marxhaus, Markus, Arab, Grün, Grüner Weg, Blumen, Blauenfelder, Andreas- und Große Franzfurter Straße am sieben Uhr abends zu Hause zu sein...

Ein Vermittlungsversuch.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, hat der Oberbürgermeister von Richtenberg an den Reichswehrminister von Noske einen Brief gerichtet...

Der Reichswehrminister hat dieses Anerbieten kategorisch abgelehnt. Er hat nach dem Bericht des „Lokalanzeigers“ den Abgesandten des Oberbürgermeisters erwidert: „Sagen Sie dem Oberbürgermeister, entweder bedingungslose Übergabe oder nichts!“

Dieser Entschluß ist auf das tiefste zu beklagen. Aber es war von Herrn Noske und seiner Schutztruppe auch schließlich keine andere Antwort zu erwarten...

Bergarbeiterstreik in Sachsen.

Swidau, 11. März. B. L. V. Heute früh sind sämtliche Bergarbeiter im Kohlengebiet Oelschütz-Lugau in den Streik eingetreten...

Gefeslofigkeit!

Auf Betreiben der Reichsregierung hat die Preussische Regierung in Berlin den Belagerungszustand verkündet. Gleichzeitig wurde der Reichswehrminister Noske zum Oberbefehlshaber in den Marken ernannt...

Die tollste Ausgeburt großemahnstunlar Verachtung der Gesebe ist die Errichtung von Standgerichten. Am 5. Dezember 1918 ist von den sechs Reichsbeauftragten der Reichsregierung eine Verordnung mit Gesebekraft erlassen worden...

Wenn von Justizrat Freundenthal im „Berliner Tageblatt“ versucht wird, die Verhängung des Standrechts mit dem Hinweis zu rechtfertigen, daß § 8 des Gesebes über den Belagerungszustand für bestimmte Handlungen die Todesstrafe androht...

Der § 10 des Gesebes belagt wörtlich, daß vor die außerordentlichen Kriegsgerichte gehören: Die Unterschlagung und Verleitung der Verbreiten des Hochverrats, des Landesverrats, des Mordes, des Aufzuges, der tätlichen Widersehung...

Alle denkbaren schweren Verbrechen unter dem Belagerungszustande sind also durch das Gesebe ausdrücklich den außerordentlichen Kriegsgerichten zur Aburteilung vorbehalten, und kein Noske hat das Recht, sie willkürlich auszuhebeln und zu dekretieren...

Für die Verhängung und Ausübung des Belagerungszustandes ist die rechtssozialistische preussische Regierung verantwortlich. Morgen tritt die preussische Nationalversammlung zusammen. Offiziell geschieht schnell zur Sprache zu bringen...

Die Verbannung des Standrechtes ist die schwerste und folgenschwerste Gesetzmäßigkeit. Sie ist aber nicht die einzige. Ebenso unabweislich ist das Präventivverbot der „Freiheit“ und das noch unberechneterweise fortbestehende der „Republik“. Ungehebel ist ferner die Verbannung der Präventivhaft über eine große Anzahl von Personen sofort zu Beginn des Generalstreiks, ohne abzuwarten, daß diese Haft in ganz willkürlicher Weise vielfach ohne Unbeteiligte traf.

Es wird sehr interessant sein, zu sehen, wie die preussische Nationalversammlung sich zu all diesen Vorkommnissen stellen wird.

Ein Beschwichtigungsvorschlag.

W. T. W. verbreitet folgende Meldung:

Die Nachrichten verschiedener Wäcker über widerrechtliche Erziehung von Gefangenen im Polizeipräsidium Berlin bestätigen sich nicht. Die Gefangenen werden, falls sie nicht der Anordnung des Oberbefehlshabers Roske zuwider mit den Waffen in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend betrogen werden, dem ordentlichen Richter zugeführt. Im übrigen ist im Polizeipräsidium, wie wir zuverlässig erfahren, nur eine geringe Anzahl von standrechtlichen Erziehungsvorgängen vorgekommen.

Die Meldung klingt höchst dunkel. Wir haben in der gesamten bürgerlichen Presse Berlins keinen Bericht über widerrechtliche Erziehung von Gefangenen gefunden. Im Gegenteil: Spartakus ist vogelfrei, die grausamsten Gegenmittel zu seiner Bekämpfung werden von der bürgerlichen Presse begrüßt. Wir selbst haben von widerrechtlichen Erziehungsvorgängen bisher nichts berichtet. Gegen wen polemisiert also das Wolf-Bureau? Sollten am Ende die Erziehungsvorgänge tatsächlich stattgefunden haben, so daß die hohen Auftraggeber des W. T. W. sich veranlaßt sehen, im Interesse der Ruhe und Ordnung „beschwichtigend“ zu wirken? Die Frage bedarf der Antwort.

Deutsche Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung ist bei dem Thema Trennung von Kirche und Schule angelangt. Und so gleich gerät der schwarz-rot-goldene Regierungsbund ins Wanken.

Wahr tritt der Sprecher der Rechtssozialisten so leise wie möglich auf, um nur so die Brüder im schwarzen Zentrum und nicht vor den Völkern zu stehen. Die Abschaffung des Religionsunterrichts, soat er, ist unmöglich sofort durchzuführen. Trotzdem findet er keine Gnade vor den Ohren des Zentrums. Und der demokratische Redner muß alle Kunst der Dialektik aufbieten, um die schwarzen und roten Brüder zu vereinen.

Ein transaktives Schauspiel. Der innere Zwiespalt dieser schwarz-rot-goldenen, sozialistischen Bürgerregierung wird so recht deutlich, trotz, oder gerade durch den Verrat am Sozialismus, den die Regierungsozialisten begehen.

Der reine und ungetriebene sozialistische Standpunkt kommt nur zum Schluss in der Rede der Genoffin Rieb zum Ausdruck.

22. Sitzung, Dienstag, den 11. März 1910.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Knauth und Genossen (Dm.): Wider Recht und Gesetz haben manche Einzelstaaten, wie Sachsen, Hamburg, Braunschweig, tiefe Eingriffe in den Religionsunterricht genommen, oder für das neue Schuljahr vorgezogen. Denkt die Reichsleitung zu solchem Eingriff der Einzelstaaten in die Schulgesetzgebung zu nehmen?

Hg. Rumm (Dm.) beugelt die Interpellation: Zur Zeit ist eine Vorkampfbewegung durch das ganze deutsche Volk, die sich gegen die Eingriffe in den Religionsunterricht wendet. In Preußen allein hat die Volkspresse über mehr als 10 Millionen Unterschriften gefunden. Für mich kennzeichnet diese Massenbewegung das Empfinden weithergeleiteter Volkswelle, daß wir an der Schwelle eines neuen Kulturkampfes stehen. Unser alter Vaterland braucht Ruhe und Frieden. Aber die Herren Ebert und Scheidemann haben ihren inneren Frieden nicht gefunden. Eine ihrer ersten Taten war, den Sprecher der freireligiösen Gemeinde, Adolf Hoffmann, an die Spitze des preuß. Kulturministeriums zu setzen. Ledner erörtert dann die vom sächsischen Volksempfänger in der Frage des Religionsunterrichts und des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche erlassenen Verfügungen, nach welchen der Unterricht in der bürgerlichen Schulauf der Unterstufe auf zwei Stunden eingeschränkt und der Religionsunterricht ganz eingestellt wird. Ferner hat Herr Rumm mit einem Federstich die Simultanschule durchgeföhrt. In Hamburg hat der A. und S. Rat verfügt, daß der Religionsunterricht in allen Staatschulen aufzuheben sei, also für 105.000 Kinder. In Braunschweig hat man die Aufsicht der Kirche über den Religionsunterricht beseitigt. In Mecklenburg haben die Gewalthaber die konfessionslose Einheitschule. Wir hoffen der Regierung zu: Keinen Schritt weiter auf dem Wege einschlägiger Verordnungen. Wir fordern für unsere Kinder die christliche Schule und den christlichen Religionsunterricht. So lange die Eltern in überwogender Mehrheit einer Konfessionsgemeinschaft angehören, muß auch der Religionsunterricht konfessionell sein.

Reichsminister Dr. Wolf: Namens der Reichsregierung ist folgende Erklärung abzugeben: Wie den Interpellanten bekannt ist, besitzt das Reich gegenüberlich keine Zuständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtswesens.

Hg. Gellmann (Sog.): Bei der Behandlung dieser Angelegenheit hat sich die ganze Ueberzeugungslage, die die Herrschaft der kirchlichen Kreise gezeigt. Damit läßt die Kirche immer weitere Vorkämpfer in das Lager der Regierung. Im Kreise hat sie das Blutvergießen als gottswillig verteidigt und hat sich mit dem zukunftsweisenden Eintritte kompromittiert. Wir geben zu, daß die einzelstaatlichen Eingriffe in den Religionsunterricht tatsächlich unzulässig und vielfach tauflos waren. Wir verlangen im Interesse der vollen Beweissfreiheit die Befreiung des Religionsunterrichts als besonderen Unterrichtsgegenstand. (Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Wir verlangen, die Religion kann erlernt, aber nicht gelehrt und erlernt werden. (Sehr richtig, links.) Man kann Religion nicht lehren und in Religion nicht prüfen. Aber es ist unmöglich, die religiöse Unterweisung mit einem Schläge zu beseitigen, und deshalb haben die Revolutionsregierungen falsch gehandelt. Eine Uebergangszeit ist notwendig. Grundständig aber halten wir fest an dem Satz, daß die Schule kirchenfrei sein muß.

Hg. Dr. Wandobas (B.): Der Minister Haenisch hat im Februar zwar den Ausdruck der Trennung von Staat und Kirche als irreführend bezeichnet, aber positiv will auch er eine Trennung des Verhältnisses, die der gewaltlosen Trennung von Staat und Kirche verwehrt haben wird. In-
teresse Partei stellt in dem neuen Programm das christliche Erziehungswesen und Kulturideal an die Spitze, daneben die Beweissfreiheit die Freiheit der Religion und die Wahrung der Rechte der Eltern und Religionsgemeinschaften auf die Erziehung der Kinder. Diese Sicherstellungen müssen in der Reichsverfassung festgelegt werden.

Hg. Weich (Dem.) führt einen Vortrag auf, in dem er vorne so und hinten nein sagt. Er will weder die Eltern, noch die Lehrer, noch die Regierung, noch die Konfessionslosen, noch die Kirche, noch den Papst — er will überhaupt niemanden vor den Kopf stoßen. Und jeder kann sich denken, was bei einem solchen wehgedeckten Vortrag herauskommt.

Hg. Frau Bicy (U. Sog.): Die Revolution hat kraft eigenen Rechtes in einzelnen Bundesstaaten die Verwirklichung der Schule durchgeföhrt. In Preußen hat freilich Kultusminister Haenisch Angst vor seiner eigenen Courage bekommen. Wir verlangen die Einheitschule, die eine weltliche und eine Arbeiterschule sein und die Kinder dazu erziehen soll, ihren Mitmenschen hilfreich zur Seite zu stehen. Der Religionsunterricht ist in der Volksschule durchzuföhren, die Kinder zur Mäßigkeit und Unterwürfigkeit zu erziehen. Alle Religionen sind etwas geschichtlich Gewordenes und geben mit der Entwicklung der Geschichte unter. Wir denken nicht daran, einen Beweisszwang ausüben zu wollen. Für uns ist nur maßgebend, daß die obligatorische weltliche Schule von allen Kindern ohne Ausnahme besucht wird. Was außerhalb dieser Schule geschieht, ist Privatangelegenheit der Eltern. Just die, denen die Religion innerer Herzenssache ist, sollten mit dieser Angelegenheit sehr zufrieden sein. Denn nur so kann die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der religiösen Ueberzeugung gewährleistet werden. Gerade von der Seite der Konfessionslosen ist die Religion zum Gegenstand des politischen Kampfes gemacht worden. Von beiden religiösen Konfessionen ist sie zum Zweck politischer Beeinflussung mißbraucht worden. Keine Partei hat in der vergangenen Woche ihre Forderungen in ihrem Aktionsprogramm schlagend trennung von Kirche und Staat, Weltlichkeit der Schule, Einheitschule, und diese Einheitschule muß eine Arbeiterschule sein. Diese Forderungen müssen in die Verfassung der deutschen Republik aufgenommen werden.

Damit schließt die Besprechung.
Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Zweite Lesung des Sozialgesetzgebungsgesetzes und des Gesetzes über die Kohlenförderung.)

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

II.

Das Ziel der Mehrheit der Sozialisierungskommission ist völlige Vergesellschaftung des Bergbaues unter Ablehnung aller Kompromisse. Auch in bezug auf den Weg schlägt sie eine völlig neue Möglichkeit vor. Es soll ein neuer Wirtschaftskörper — Deutsche Kohlegemeinschaft — geschaffen werden, der wirtschaftlich und rechtlich der Träger der deutschen Kohlenwirtschaft sein und sowohl den privatwirtschaftlich Arbeitenden Betrieben der anderen Industriezweige und dem Konsum, als auch dem Reich und den Bundesstaaten und den übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts als selbständige juristische Person gegenüberzutreten soll. Für diesen Vorschlag sprechen Erwägungen organisatorischer Zweckmäßigkeit. Außerdem aber auch die Tatsache, daß gegen ihn jenes Bedenken außerpolitischer Natur nicht erhoben werden kann, das in den Erörterungen der letzten Zeit als stärkstes Argument gegen die Sozialisierung erhoben worden ist: nämlich der Angriff der Entente auf diesen Wirtschaftskörper. Der Mehrheitsbericht weist ausdrücklich darauf hin, daß ein Anspruch der Entente auf die Kohlegemeinschaft juristisch nicht leichter zu begründen und nicht anders zu beurteilen sei, als ein Angriff auf gegenwärtig bestehende Betriebe privater Unternehmen.

Die Organisation der Kohlegemeinschaft bedeutet aber jedoch nach den Darlegungen des Berichts ebenso einen Bruch mit dem System des Privateigentums, wie auch einen prinzipiellen Bruch mit dem System der Lohnarbeit, da der Zweck der Produktion in ihr nicht mehr der kapitalistische Profit ist, wenngleich die Rechtsform des Lohnes vorläufig noch aufrechterhalten werden muß.

Die Realisierung der Kohlegemeinschaft soll so frei als möglich sein. Durch die Anlage der Organisation selbst soll das Interesse der Allgemeinheit zum herrschenden Gesichtspunkt und treibenden Einfluß der Geschäftsführung gemacht werden. Daher soll die Entscheidung aller technischen und ökonomischen Fragen des Kohlenbergbaues der deutschen Kohlegemeinschaft überlassen werden. Dem Reich sollen gegenüber der Kohlegemeinschaft nur die folgenden Befugnisse vorbehalten bleiben:

1. Die Preispolitik der Kohlegemeinschaft muß der Tarifhoheit des Reiches unterliegen. Die allgemeinen Preisfestsetzungen sollen der Genehmigung des Reiches bedürfen.
2. Dauernde Belastungen des Reiches der Kohlegemeinschaft, namentlich Verpfändungen, und damit die Übernahme von Reichsschulden, die zu solchen notwendig führen, wären an die Zustimmung des Reiches zu knüpfen.
3. Dem vorgeschlagenen Plan entspricht es, die Finanzen der deutschen Kohlegemeinschaft von denen des Reiches unabhängig zu stellen. Ihr Budget soll jedoch rechtlich wie ökonomisch autonom, ihr Kredit soll jedoch rechtlich unterschieden sein. Doch müssen jene Ueberschüsse der Kohlegemeinschaft, die sich nach ausreichenden Rückstellungen und der Vornahme der notwendigen Ueberweisungen an einen reichsweit zu verwehrenden Ausgleichsfonds ergeben, dem Reich zufließen, selbst wenn man noch so wenig daran denkt, den fiskalischen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu stellen. Deshalb müssen die letzten Biffern des Budgets der Kohlegemeinschaft im Reichsbudget erscheinen.

Die Grundlinien der Organisation der Kohlegemeinschaft stehen unter zwei beherrschenden Gesichtspunkten. Es sollen die Grundzüge wirtschaftlicher Demokratie und des Arbeitens für die Gesamtheit durchgeföhrt werden können. Aber in Erkenntnis der Schwierigkeiten einer bürokratischen Verwaltung verlangt die Mehrheit der Kommission, daß die Führung der Kohlegemeinschaft mit ausreichender Macht und Bewegungsfreiheit ausgestattet werde. Sie legt hierauf das allergrößte Gewicht. Denn eine der wichtigsten Aufgaben, die der geplanten Organisation drohen, wäre die Ausschaltung freier Initiative und individueller Verantwortungsbereitschaft, auf denen die Erlöse privater Geschäftsführung beruhen. Die Kommission betont insorn, daß die Ausschaltung freier Initiative und ihre Folge, das völlige Stocken der wirtschaftlichen Entwicklung, von vornherein der Grund-

bedanke der Sozialisierung für Janae Kelt diskreditiert würde; sie erkennt deshalb ausdrücklich die Bedeutung der Führerrolle im Wirtschaftsleben an in der richtigen Ueberzeugung, daß das den Grundzügen der Demokratie nicht widerspreche.

Entsprechend diesen allgemeinen Anschauungen empfiehlt die Kommission einen Kohlenrat, bestehend aus hundert Mitgliedern, zu bilden. Ne hundertausend dieser Mitglieder werden von den Betriebsleitungen, der Arbeiterschaft und den Konsumenten gewählt. Die letzten fünfundsiebenzig vom Reich bestimmt. Am Gesamtjah zu dem Vorschlag der Reichsregierung, die an dem Reichskohlenrat auch die Unternehmer mit einem Drittel der Stimm betheiligen will, steht der Vorschlag der Mehrheit der Sozialisierungskommission die völlige Ausschaltung der Unternehmer, daneben aber die Mitwirkung der Betriebsverwaltungen vor.

Die Aufgabe des Reichskohlenrats besteht in der Leitung der gesamten Kohlegewinnung, der Bestimmung der Menge der zu fördernden Kohle, der Betriebsarten und Betriebsmethoden (Stillelegungen und Zusammenlegungen, Schaffung geeigneter Betriebsformen usw.), der Verteilung und der Unterlagen für die Lohnbemessung und Verteilung der Kohlen. Die zwischen Betriebsleitungen und Arbeitervertretungen abgeschlossenen Vereinbarungen über Löhne und Arbeitsbedingungen sind dem Kohlenrat zur Kenntnis zu bringen. Die Ergebnisse soll in der Form eines Direktoriums liegen, dem größtmögliche Modifikation und Bewegungskraft gegeben werden soll.

Um zu verhindern, daß die schädlichen Kräfte während der Uebergangszeit, in der überwiegend Gebiete des wirtschaftlichen Lebens privatkapitalistisch organisiert sind, von der Industrie an sich gezogen werden, hält es die Kommission für dringend erforderlich, daß die Besitze namentlich der Generaldirektoren und Direktoren ungeschädigt der Kohlen entziehen, die in der Privatindustrie üblich sind. Die Kommission weist mit Recht darauf hin, daß es auch in keiner Weise dem gemeinwirtschaftlichen Prinzip widerspricht, die höhere Leistung durch einen höheren Gegenwert zu entschädigen.

Der Kohlegemeinschaft soll nach den Vorschlägen der Mehrheit der Kommission außer dem reinen Kohlenberaub auch die Brennkohle und die Verkohlung sowie die Gewinnung der Nebenprodukte aus der Verkohlung unterstellt werden. Diese Maßnahme soll den ersten Schritt auf dem Wege zur allgemeinen Sozialisierung bedeuten.

Diese Sozialisierung bedeutet ausser Ausschaltung des privaten Kapitals. Der Vorschlag der Kommission sieht die völlige Beseitigung eines Unternehmers vor, der nur noch als Angestellter Existenzberechtigung habe. Deshalb sollen alle Kohlenbetriebe, die im Besitz von Privaten oder des Staates sind, an eine Entscheidung enteignet werden. Diese Entschädigung der Kapitalisten, zu der wir noch eingehender Stellung nehmen werden, soll durch eine Vermögenssteuer der Kapitalisten aufgebracht werden. Die Kosten für die Entschädigung der Vermögensbesitzer würde also die ganze Kapitalistenklasse fortwährend zu tragen haben.

Von großer Bedeutung sind ferner die Vorschläge der Kommissionmehrheit mit Bezug auf die Abwehrorganisation. Der gesamte Absatz soll nach sozialistischen Grundzügen geregelt werden. Die Handelsbrünne sollen durch Sozialisierung des Großhandels ausgeschaltet und die Verteilung des Absatzes durch die Errichtung kommunaler Kohlenverteilungsstellen an die Verbraucher vorgenommen werden.

Deutschlands Entmilitarisierung.

Paris, 11. März B.K.D. Der Oberste Kriegsrat, der die Größe des deutschen Heeres festlegt, bestimmt endgültig die Zahl der Soldaten, Maschinenwaffen und Geschütze, die Deutschland behalten darf, und beschloß, daß Deutschland keine Tanks und keine Kriegsschiffe haben darf. Es darf nur 10.000 Panzertruppen zurückbehalten und nur wenige Flugzeuge besitzen. Die Vorräte an Material und Munition, die die feigste Menge überschreiten, müssen vernichtet und dürfen nicht ersetzt werden.

Wahlergebnis in Waldeck.

Kreuzen (Waldeck), 11. März. Bei den Wahlen zum Landtag wurden gewählt: Im Wahlkreis Waldeck 5 Sozialdemokraten, 5 Deutschnationalisten, 8 Demokraten, 8 waldensche Volkshändler, 1 Volksparteier, im Wahlkreis Vermont 2 Sozialdemokraten, 1 Deutschnationaler und 1 Demokrat.

Das schlagfertige Heer.

Es wird gekloppt. Es wird gekämpft. Da blüht der Weizen des Militärs.

Der Nationalverband Deutscher Offiziere hat das in einer „Entschlieung“ an Roske sehr hübsch und treffend folgendermaßen ausgedrückt:

„Die auf Einladung des Nationalverbandes Deutscher Offiziere in der Hofkapelle für Wühl verammelten Angehörigen des deutschen Offiziersstandes begrüßen das neue, wackere Verhängnis für die Notwendigkeit eines schlagfertigen Heeres als Zeichen der beginnenden Gesundung unseres Volkes. Sie sehen in dem Entschluß zur Schaffung einer Reichswehr einen Notbehalt, der sobald als möglich einer geordneten Weiterbefähigung Platz zu machen hat.“

Wie sich die Herren die „geordnete Weiterbefähigung“ und die „beginnende Gesundung“ vorstellen, erhellt am besten Paragraf 4 ihrer Forderungen. Er lautet:

„Die Herstellung der vollen dienstlichen Kommandogewalt der Offiziere und Unteroffiziere und die Befestigung der Soldatenräte.“

Die Herren, die das fordern, sind dieselben, die eben den großen Sieg über Spartakus errungen haben, dieselben, die schon zweimal die Regierung „getötet“ haben, denen die Regierung sich zu Tausend verpflichtet fühlt und denen sie ihren Dank tagtäglich versichert. Diese Forderungen der Regierungsteiler aber schlagen den Wünschen und Hoffnungen aller sozialistischen Soldaten und Arbeiter schnurstracks ins Gesicht.

Die Regierung wird also mal wieder zu wählen haben zwischen Offizieren und einfachen Soldaten und Arbeitern.

Da wird ihr die Wahl nicht schwer fallen. Wägen darüber auch Revolution und Sozialismus zum Teufel gehen! Wenn nur das Offizierskorps erhalten bleibt und das „schlagfertige Heer“!

Die Kämpfe in Berlin.

Greuelerzählungen und Standrecht.

Der „Vorwärts“ liefert in seiner gestrigen Abendnummer ein Klugschmeckergeschicht. Die Greuelgeschichten von Lichtenberg läßt sich nicht aufrechterhalten und ebenso die Beschuldigungen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie. Hat doch in einer Pressekonferenz der Hauptmann v. Roggendorf vom Generalkommando Lüttich in einer Darstellung über die Vorgänge folgendes ausgeführt:

„Der Generalkrieg ist scharf zu trennen von dem bewaffneten Aufruhr. Der Generalkrieg ist durch militärische Mittel keinesfalls zu unterdrücken, noch seine Wiederholung unmöglich zu machen. Wohl aber ist der Generalkrieg benützt worden, um den Aufruhr zu entseelen. Die Führer und Anhänger der Unabhängigen waren gegen den Aufruhr. Ebenso hielten die Führer der kommunistischen Partei die Fesseln von langer Hand vorbereiteten bewaffneten Aufruhr zur Durchsetzung ihrer Ziele fest noch nicht gewonnen. Der Aufruhr in Berlin wurde getragen von gewalttätigen, sozialistisch geistigten Arbeitlosen, ehemaligen Arbeitern einiger Großbetriebe, dem Roten Soldatenbund, dem größten Teil der Volksmarine-Division und einigen Depots der republikanischen Soldatenwehr, im ganzen nach vager Schätzung 10000 Mann. Als Hauptangriffspunkt war das Polizeipräsidium gewählt worden, um diejenige Behörde zu beletigen, welche die Veränderungen hätte verhindern können. Ohne den Erfolg der Regimentsgruppen vom 6. März hätten wie heute im Weiten Berlin Zustände, wie wir sie seit Monaten aus Petersburg kennen.“

Gerade der „Vorwärts“ aber hat versucht, die Unabhängigen für die Gewalttätigkeiten verantwortlich zu machen, obwohl sie nicht nur, wie der Hauptmann meint, dagegen waren, sondern von ihm nichts gewußt haben, und er hat namentlich die Greuelgeschichten zur Grundlage einer böswärtigen Hebe gemacht. Wenn er sich darauf beruft, daß ihm Berichte von vier verschiedenen Seiten zugegangen sind, so muß der „Vorwärts“ gerade so wie wir wissen, daß in so wilderregten Zeiten auch von ganz gutgläubigen Leuten die unwahrsten Dinge berichtet werden. Er durfte nicht ohne Prüfung so glaubensvolle und von vornherein fast ungläubliche Beschuldigungen einfach als bewiesen nehmen und darauf die Beschuldigungen gegen politische Parteien erheben.

In vorsichtiger Form fährt der „Vorwärts“ auch weiter fort. Die trübseligen Vorgänge politisch auszunutzen. Er schreibt:

„Die „Freiheit“ weiß so gut wie wir, daß es sich diesmal um einen Aufstand handelt, der von langer Hand vorbereitet ist und zu dessen Zweck umfangreiche Werbungen vorgenommen worden sind. Sie kennt die Vorgänge in der Volksmarine-Division und in einem Teil der republikanischen Soldatenwehr ganz genau und sie weiß auch, wer dort den Haß gegen die Regierung und die regierungstreuen Truppen bis ins Einzelne geschürt hat. Wenn sie jetzt über das Werden entsteht ist, so macht das ihrem menschlichen Empfinden Ehre — aber sie hätte die Folgen früher bedenken sollen.“

Dazu können wir uns das bestmöglichst erklären, daß uns von all dem nichts bekannt gewesen ist. Wir wußten nicht, daß ein Aufstand geplant worden ist, nicht, daß Werbungen vorgenommen wurden, noch daß und von wem für einen Aufstand agitiert wurde. Wir wußten nur im allgemeinen, wie jeder in Berlin, daß zwischen den alten und den neuen militärischen Formationen ein Gegensatz und Konkurrenzstreitigkeiten heraufgebildet hatten und wir waren von den Gewaltsamkeiten auf das allernäherste aufmerksam geworden.

Der „Vorwärts“ muß aber festgelegt werden, warum er diese Kenntnis denn nicht der Öffentlichkeit vermittelt, warum er all diese Vorgänge verschwiegen hat, obwohl doch die Veröffentlichung das beste Mittel ihrer Verhütung gewesen wäre? Und weiter: waren diese Vorgänge bekannt, warum wurden dann diese ungewissen Truppenteile verwendet und noch dazu neben den anderen? Es mußte doch dadurch die Gefahr von Konflikten heraufbeschworen werden! Ja es so, wie der „Vorwärts“ sagt, dann ist mit geradezu ungeheurer Unbesonnenheit vorgegangen worden.

Jedenfalls erwies sich eine gründliche Untersuchung dieser Vorgänge immer dringlicher. Wir können nur erklären, daß sie uns heute noch recht dunkel sind und daß wir restlose Aufklärung dringend wünschen.

Diese ist umso nötiger, als die Greuelerzählung den Grund geliefert hat für die — umgekehrte — Verhängung des Standrechts und die Stimmung geschäpft hat für seine standrechtlose Anwendung. Und hier handelt es sich nicht um geringe Dinge. Von militärischer Seite ist mitgeteilt worden, daß die Zahl der handrechtlich Erschießungen bereits 100 übersteigt. Das sind furchtbare Dinge, zu denen der „Vorwärts“ bisher nicht zu sagen weiß. Sie werden noch furchtbarer dadurch, daß die Verhängung des Standrechts durch unwahre Behauptungen zu rechtfertigen gesucht wurde. Wir haben schon gesagt, daß wir Grausamkeiten an wehrlosen Gefangenen, wenn sie von den Regierungsgegnern verübt worden sind, auf das Schärfste bestrafen. Aber wir meinen, daß das der Schwere noch nicht das Recht gibt, jede Menschlichkeit zu vergessen!

Die Schuld der Regierung.

Während der „Vorwärts“ zu glauben scheint, daß mit den Siegen der Regimentsgruppen alles wieder in Ordnung sei, finden sich in der „Bolschewistika“ Ausführungen, die zeigen, daß auch bürgerlichen Politikern die Regierungsmäßigkeit der herrschenden Koalition immer klarer wird. Es heißt da:

Die heutige Lage ist das unmittelbare Ergebnis schwerer Versäumnisse aller Parteien, die für den Ausbau eines neuen demokratischen und produktionsfähigen Deutschlands verantwortlich sind. Die Schreckenstage, die wir jetzt durchleben müssen und denen noch viel ärger folgen können, sind leider nur eine Erfüllung jener düsteren Vorhersagen, die an dieser Stelle seit Monaten gemacht worden sind, als sich immer deutlicher zeigte, daß die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien einen großen Teil der Willkür verüben. Die Beschlüsse der letzten Monate weisen in vieler Hinsicht eine erschreckende Ähnlichkeit mit der

Saltung der früheren Regierungen während des Krieges auf. Sie zeichnen sich vor allem dadurch aus, daß ihre Maßnahmen, sofern sie überhaupt die richtige Forderung aus den Ereignissen sind, unvollständig und verspätet erfolgen. So konnte wie den Zugewandten, die die Regierung vor wenigen Tagen den Arbeiterräten gemacht hat, noch vor Wochen eine neue Lage geschaffen werden, die wahrscheinlich alles verhindern haben würde, worunter wir jetzt und in der nächsten Zukunft zu leiden haben werden. Aber auch im letzten Augenblick würde es sich empfohlen haben, alle diejenigen Zugewandten auf einmal zu machen, die sich mit dem Interesse der Gesamtheit in Einklang bringen lassen. Die innere Politik eines Staates, der erst aus den Trümmern wieder entstehen soll, ist kein Handelsgeschäft, bei dem man möglichst billig wegzulernen trachtet und gewisse Zugewandte mit Rücksicht auf ein weiteres Heilsheim immer noch ein wenig zurückhält. Sondern sie muß von dem Besonderen getrennt sein, einen klaren Grundgedanken zum Nutzen der Allgemeinheit zu verwirklichen und dafür die Mitarbeit möglichst weiter Kreise zu gewinnen.

Rur so kann eine Regierung das Vertrauen ihrer Anhänger, aber auch das ihrer politischen Gegner, erwerben. Nur, wenn ihr erstes Wort auch ihr letztes ist, können ihre Aufgaben politischer Natur nicht erhalten. Jede andere Taktik ist Mißtrauen und Verweigerung damit die Zahl und Stärke der Opposition. Aber auch die andere Gefahr besteht, daß die Regierung nachher unter dem Druck dieser Opposition mit ihren Zugewandten über das Maß dessen hinausgeht, was nützlich und was vorher notwendig war. Die im Berliner Arbeiterrat vorgeschlagene Einordnung des Rätegedankens in das wirtschaftliche und politische System Deutschlands ist z. B. gerade in ihrer letzten Konsequenz, der Errichtung einer Kammer der Arbeit, die lokale Verwirklichung der Idee eines unitarischen und als Produktionsgemeinschaft aufgebauten Sozialstaates. Die Regierung hat diese letzte Konsequenz verweigert. Aber sie hat ihr durch den zumindest unklaren Ausdruck von der „konstitutionellen Arbeit“ eine Tür zu bedeutenden Konzeptionen geöffnet, die unter Umständen zu bolschewistischen oder sozialistischen Experimenten führen können.

Wir meinen allerdings, daß der von rechtssozialistischen Vertretern im Arbeiterrat gemachte Vorschlag nicht ausreichend ist. Aber die Neuerungen des bürgerlichen Staates, das sich gegen gegen die politische Ausschließung der traurigen Ereignisse und das ungeliebte Verbot der „Arbeit“ wendet, würden unserer Meinung nach die Beachtung gerade jener rechtssozialistischen Kreise verdienen, die glauben, noch immer der Führung ihrer regierenden Männer vertrauen zu können.

Ein Gang durch das Schlachtfeld.

Von einem Augenzeugen, dem es infolge eines behördlichen Aufweises möglich war, den Kampfplatz von Alexanderplatz bis in die Gegend von Lichtenberg zu besichtigen, wird uns berichtet:

Unter besonders schwierigen Verhältnissen gelang es mir am Montag, nach einem Umwege von circa 2 Stunden, die Frankfurter Allee zu erreichen. Die Alexanderstraße von der Magazinstraße bis zum Alexanderplatz bildet ein wüstes Bild. Sämtliche Scheiben der Wohnhäuser wie der Schaufenster sind zertrümmert. Das Polizeipräsidium hat mehr gelitten als in den Tagen vom 6. bis 12. Januar; keine einzige Fensterscheibe ist ganz geblieben. Die Stadtvogtei weiß zwei große Löcher auf, die von Artillerie- oder Minengeschossen herrühren; auch das Polizeipräsidium hat starke Beschädigungen durch Artilleriegeschosse erlitten. Auch der Georgenkirchplatz hat sehr gelitten. Die Georgenkirche hat alle Scheiben eingeschlagen, auch der kleine Turm an der Vorderfront ist ein Opfer der Artilleriebeschädigung geworden.

Die alte Schützenstraße verkehrt einen in die verwüsteten Städte und Dörfer in Frankreich. Auch die Blumenstraße, insbesondere der Markthof, haben sehr zu leiden gehabt. Auf meinem Wege begegnete mir eine Kolonne eines Freiwilligen-Regiments. Der größte Teil der Leute hatte den Revolver oder das Gewehr schupferweise in der Hand und rief den Wohnheimern zu: „Denket schicklich!“ Es war aber nicht zu schicklich, da alle Scheiben fehlten; trotzdem schoßon die jungen Burschen blindlings hinaus.

An der Großen Frankfurter Straße, Ecke Andreaskirche, dicht beim Warenhaus Gandoz, stand ein Geschäß, das mit keinen Bausen, keine verderblichen Gegenstände die Frankfurter Allee entlang schickte. In der Frankfurter Allee mußte ich halt machen, da hier die Gefährzone beginnt. In langen Schlangen sah ich Flüchtlinge, die so schnell, wie sie nur laufen konnten, mit einigen Packstücken die Frankfurter Allee passierten. Später schickte ein Geschäß in dem Eckhause der Thackerstraße ein. Ich ging vorhin und konnte feststellen, daß sieben Menschen tot und vier verwundet waren. Darunter befand sich eine Frau, welcher beide Beine abgerissen waren.

Der Weidenweg selbst hat weniger gelitten, nur einige Häuser haben einen Volkstreff erhalten. Einige Häuser der Lichtenbergstraße bieten einen traurigen Anblick. Besonders die Einwohner der Döwler Lichtenbergstraße 81 und 82 haben schreckliche Stunden durchgemacht. So weiß die Hinterfront des Vorderhauses Döwler Straße 82 allein 8 Volkstreff erhalten. Sämtliche Wohnungen sind vernichtet. Im dritten Stock ist eine ganze Familie ums Leben gekommen. Während Frau und Kind von einer Granate getötet wurden, wurde der Mann irrsinnig. Es war dies Montag vormittag 12 1/2 Uhr, als ich diese Verwüstungen in Augenschein nahm. Die Bewohner, welche aus den Kellern hervorkamen, besanden sich in einem Zustand furchtbare seelischer Erregung. Sie erklärten, seit gestern, Sonntag, noch keine Nahrungsmittel zu sich genommen zu haben. In ihrer Erregung ließen sie sich zu Verwünschungen gegen die jetzige Regierung und gegen die Regierungsgegner hinreißen, die ich nicht widergeben kann.

Ich muß hier feststellen, daß sämtliche Geschäfteinschlüsse von der Achtung hergezogen sind, wo die Artillerie der Regierungstruppen sich befand. Die Behauptung, daß die Artillerie der Aufständigen, wie am Dienstag in der bürgerlichen Presse behauptet wird, diese Verwüstungen angerichtet haben soll, trifft durchaus nicht zu. Dies habe ich als Augenzeugen und im Beisein vieler Männer, welche in den genannten Häusern wohnen und ebenfalls im Felde waren, feststellen können. In der Petersburger Straße, wo ich verblieben zu wohnen habe, gelang es mir dann, nähere Auskunft zu bekommen über die Versorgung mit Lebensmitteln. Die meisten Familien haben Brot, Kartoffeln usw. für diese Woche schon erhalten. Außerdem hatten die Kaufleute in der Nacht bis heute eingeschlagen viele Bewohner haben von ihnen Mehl, Eier, Hülsenfrüchte usw. erhalten.

In der Nacht von Montag zu Dienstag trat ich dann den Heimweg an. Die Frankfurter Straße sowie die Frankfurter

Allee lagen vollständig im Dunkel. Nicht ein Fünkchen Licht war zu sehen. Nur die Abschüsse der Artillerie an der Alexanderstraße sowie die einzelnen Gewehr- und Maschinengewehrschüsse gaben hin und wieder einen Schein. An der Markthofstraße wurde ich von einigen Vorposten der Aufständigen angehalten. Ein Mitglied der ehemaligen republikanischen Soldatenwehr erklärte mir: Für und ist dieser Kampf eine Kompetenzfrage. Wir sind Familienväter und haben in den letzten Wochen sehr gut für Ruhe und Ordnung gesorgt und wollen es auch weiter tun. Die Volksmarine-Division und die republikanische Soldatenwehr standen hinter der Regierung. Aber diese hat uns an die alten Hochstapler und die jetzigen Führer der Freiwilligenkorps verraten. Das ist die Meinung der jetzigen Verteilung im Osten Berlins gegen die Regierungstruppen. Unter großen Schwierigkeiten gelangte ich schließlich aus dem Bereich der Kampfzone.

Nach meinen Erfahrungen im Felde muß ich feststellen, daß zur Bekämpfung der Maschinengewehrschützen auf den Dächern es nicht notwendig ist, die ruhigen Bürger, die im Osten der Stadt wohnen, durch Beschädigung der Häuser mit Artillerie und Minen heimzuzucken und ihnen Leib, Gut und Obdach zu rauben. Warum stellt man nicht die Häuser zusammen mit Beschützern als Führer und stürmt die Häuser, auf denen sich Dächler befinden? Durch die Beschädigung mit Artillerie und schweren Minen ist unnötigerweise viel Familienglück zerstört worden und die Zahl der Opfer unter den Unbeteiligten wurde ungeheuer vergrößert.

Spartakus an allen Enden.

Spartakus ist jetzt wieder überall. Er kämpft nicht nur im Osten Berlins mit Minenwerfern und Flakgeschützen, er sieht auch auf den Dächern, in den Kellern und belagert von dort aus die Regierungstruppen. Am Dienstag morgen hat er die Gegend des Zoologischen Gartens unsicher gemacht. Früh gegen 3 Uhr soll er von den Dächern der Häuser in der Gartenbergstraße und am Kurfürstendam auf Strohpflanzen geschossen haben. Das Feuer wurde von den Regierungstruppen durch schwere Maschinengewehre erwidert. Scheinwerfer wurden auf Osthaus herbeigetragen und leuchteten die Dächer ab, Spartakus war aber nirgends zu finden. Die Maschinengewehre taten indes weiter. Eine ganze Stunde lang.

Das ist nun das allerneueste: In der Gartenbergstraße und am Kurfürstendam, wo es nur Fein- und Feinzeugs-Händler wohnen gibt, ausgestattet mit allen modernen Komfort, haust jetzt Spartakus. Wie er dortin kommt, bleibt das Geheimnis der Garde-Rokadelle-Schützenbrigade und der bürgerlichen Presse, die über diese Schützenbrigade eifrig Berichte bringt. Spartakus wird von den Dächern Berlins einzuweisen auch nicht verschwinden. Er hält es in luftiger Höhe Tag und Nacht ohne Essen und Trinken aus. Er ist ein Überweltler, der immer erst dann verschwindet, wenn die Regierungstruppen verschwinden. Er ist ein Aufgebote, das die Notwendigkeit der Stahlmänner in Berlin demonstriert. Er ist notwendig für des Dourgeois, weil dieser die Stahlmänner notwendig braucht.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung in der Metallindustrie.

Die Angestellten der Metallindustrie haben, nachdem Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller über das Gehaltsprovisorium zu keinem Ergebnis kamen, zur Anwendung eines schweren Konflikts sich bereit erklärt, der Einleitung von neuen Einigungsverhandlungen unter dem Vorbehalt eines Unparteilichen zuzustimmen. Sie hielten sich aber für verpflichtet, von vornherein keinen Zwiesicht darüber zu lassen, daß ein Ergebnis dieser Verhandlungen, das wesentlich hinter den von ihnen aufgestellten Forderungen zurückbliebe, nicht angenommen werden konnte. Die Verhandlungen haben nun zu folgendem Schiedsspruch geführt:

1. Bei der vorläufigen Neuregelung der Gehälter in der Berliner Metall-Industrie ist dasjenige Einkommen zugrunde zu legen, welches die Angestellten im Monat Juli 1914 bezogen haben. Dieses besteht aus dem Jahresgehalt vom Jahre 1914 plus regelmäßiger Zulagen plus sonstiger regelmäßiger Jahresbezüge bis zum 31. 12.

2. Bis zum endgültigen Abschluß des Tarifvertrages errechnen sich die neuen Monatsgehälter durch folgende Zuschläge auf die wie angegeben errechneten Einkommen im Monat Juli 1914:

Monatsinkommen	Steigerung um Prozent	Mindesteinkommen
Juli 1914		
bis 100 M.	175	250.— M.
von 101—150 M.	135	275.— M.
von 151—200 M.	112 1/2	325.50 M.
von 201—300 M.	92 1/2	485.— M.
von 301—400 M.	65	577.50 M.
von 401—500 M.	45	600.— M.

Auf jeden Fall soll das Einkommen des Angestellten im Monat März 1919 um mindestens 80 M. monatlich höher sein, als das Monatsinkommen im November 1918. Vor dem 30. November 1918 bewilligte oder später mit rückwirkender Kraft bewilligte Zulagen kommen nicht zur Ausrechnung.

Die noch vorliegenden Zahlen neu errechneten Monatsgehälter werden rückwirkend vom 1. Januar 1919 ab gezahlt.

2. Für die Werkmeister und die nicht angestelltenberufungsrechtlichen Werkmeister und sonstigen Arbeiter soll bis zum 18. März 1919 eine besondere Regelung der Bezüge durch neue Vereinbarung erfolgen.

3. Die zur Zeit üblichen regelmäßigen Gratifikationen bleiben neben den neuen monatlichen Bezügen in der gleichen anteiligen Höhe des Jahresinkommens bestehen.

4. Die bestehenden Alterszulagen bleiben außerhalb des Rahmens des Einigungsabkommens erhalten.

5. Die Bezüge einzelner Angestellter, die während des Krieges oder nachher neu eintraten sind, werden im Einvernehmen mit dem Angestelltenausschuß den Bezügen von Angestellten gleichzeitiger Funktion im Betriebe nach den Sätzen dieses Spruches angepaßt.

6. Sonderfälle, deren Regelung sich nicht ohne weiteres aus den Bestimmungen dieses Spruches ergeben, sind auf Anrufung im Einvernehmen mit dem Angestelltenausschuß zu regeln.

7. Bestehende günstigere Gehälter und Arbeitsbedingungen werden durch dieses Abkommen nicht berührt. Auch bleibt es den Betriebsleitungen unbenommen, über die Höhe dieses Einkommens hinaus günstigere Gehälter und Arbeitsbedingungen festzusetzen. Unerwünschte Funktionszulagen bleiben außerhalb dieses Abkommens solange bestehen, als der Angestellte die Funktion ausübt, für die die Zulage festgesetzt war.

8. Diese Bestimmungen gelten vorläufig bis zum 30. Juni 1919. Beide Parteien wird aufgefordert, sobald in Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages zur Regelung der Gehälter und Arbeitsverhältnisse einzutreten und den Tarifvertrag bis zum 30. Juni 1919 abzuschließen.

Verantwortlich für die Redaktion: W. L. B. Bielepp, Neuhöll. Im Auftrage der Streikleitung gedruckt von der Lindenbühnen, Berlin, Schiffbauerdamm 12.

Der Revolutions-Parteitag.

Fünfter Tag, 6. März.

Zu Beginn der Sitzung machte der Vorsitzende Dipino: Kleinberg davon, daß auf dem Parteitag auch der Sozialdemokratien erschienen sei; er ließ ihn willkommen und erlaubte ihm zu einer Ansprache das Wort.

Genosse Kleinberg-Kalm begrüßte den Parteitag im Namen der Sozialdemokratischen Weltlands und dankte der U.S.P. für die Unterstützung, die sie der Sozialdemokratie Weltlands während der Okkupation zuteil werden ließ. Die Tragik Weltlands besteht darin, daß Weltland jetzt eine Okkupation durch die republikanisch-sozialistischen Truppen Deutschlands zu tragen habe. (Zuruf: Nicht sozialistisch!) Die Räteversammlungen werden auch jetzt wieder aufgehoben, die Zeitungen würden geschlossen. Auch die lettische Sozialdemokratie sei nicht für den Bolschewismus, aber die Truppen wären Helfershelfer der Reaktion. Neben dem Ostschub habe dann noch die lettische Landwehr, die ganz im Interesse der Junkerherrschaft arbeite. Die lettische Landwehr fördere die reaktionären Pläne (Hörs! Hörs!) und verübe terroristische Taten, wie sie nur je erlebt worden sind. Viele Menschen seien von ihren Angehörigen schon erschossen worden. Lettland sei zum östlichen Belgien geworden. Wegen die Werbung der deutschen Truppen für die reaktionären Pläne im Baltikum müsse protestiert werden. Die Wirkung ihrer Tätigkeit in Lettland werde nur ein Wiedererstarken des Junkerregiments sein. Eine Verschärfung der lettischen Pläne sei bereits aufgedeckt worden. Der Zentralrat für Lettland habe dazu in einer Resolution Stellung genommen und erklärt, die deutsche Waffenmacht solle sich nicht dazu hergeben, diese Pläne zu fördern. Darauf als die Rolle und Sinnig den Zentral-Soldatenrat Lettlands als solchen nicht mehr anerkannt und ihn wieder zum Armeesoldatenrat gemacht. Genosse Kleinberg-Kalm sprach dann noch zum Räteystem. Wir haben das Räteystem der Praxis erlebt. In erster Linie müssen jetzt sozialistische Taten lehren, aber die haben wir von den Räten und unseren Genossen in Rußland fast gar nicht gesehen. Die kommunistische Regierung Rußlands hat Lettland nur eines gebracht, absolute wirtschaftliche Anarchie. Diejenigen Genossen, die das Räteystem nur theoretisch debattierten, müßten zu einem anderen Platz kommen. Praktisch ist es gewiß nicht das Mittel, das zum Sozialismus führt. Die jetzt aus Rußland nach Riga zurückgekehrten Genossen haben sich fast alle wieder zur Demokratie bekehrt. Das Räteystem als allein heilbringendes Mittel angesehen, wäre nicht richtig. Demokratische Selbstverwirklichungen und deren freien Pläne können ganz gut zusammen arbeiten, wie die Praxis in Rußland beweist.

Schlusssätze und Abstimmung.

Genosse Däumig: Es ist mir vorgeworfen worden, daß meine Ausführungen zu allgemein gehalten gewesen wären. Aber man befindet sich noch zu sehr im Stadium des Suchens, als daß sich bereits ein festes Programm des Räteystems wie es für die deutschen Verhältnisse und die künftige Entwicklung nötig erscheint, aufstellen ließe. Als die Partei sich in Gottha konstituierte, herrschten noch durchaus die alten Traditionen vor. Die Partei hand fast ganz im Sinne der parlamentarischen Aktion. Jetzt heißt es, von dem Reinen noch hier und da: Schlußwort! Aber was dem einen ein Schlußwort ist, ist für den anderen voll Gehalt. Man muß stark unterscheiden zwischen radikal und revolutionär. Auch die „radikale“ Richtung der Partei war 1911 gegen den Militarstreik. Und im Oktober 1918 waren noch genug „radikale“ Genossen, die auf einer Sitzung der Parteigenossen uns, die wir an die Vorbereitung der Revolution dachten, Revolutionstheorien und dergleichen vorwarfen. Wir müssen die U.S.P. aus einer radikalen Oppositionspartei zu einer wirklich revolutionären Partei zu machen suchen. Zu unterscheiden ist zwischen dem Räteystem als Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus und dem Räteystem als Ziel. Als Mittel ist es gleichbedeutend mit der Diktatur des Proletariats, als Ziel ist es die Erfüllung der Demokratie, die Schaffung der ökonomischen und politischen Gleichberechtigung.

Unter der kapitalistischen Demokratie herrscht immer die Diktatur, und da hat man Angst vor der Diktatur des Proletariats! Statt dessen will man überlebte Methoden anwenden, um weiter zu kommen. Die Diktatur des Proletariats wird in jedem Bande die Form annehmen, die der Kulturhöhe des betreffenden Landes entspricht. So sind die roten Methoden des Bolschewismus zu erklären. Auch führende Bolschewisten billigen sie nicht. In Deutschland werden diese Methoden keine Rolle spielen. Der da sagt: Nationalberatern und Räteystem, der will sich nur einer klaren Entscheidung entziehen. Ich habe stets auf dem Boden gestanden: entweder — oder. Von einem Mittlern kann keine Rede sein. Allerdings glaube ich, daß es einer sehr intensiven Arbeit bedarf, um dem deutschen Arbeiter es klar zu machen. Bei manchen Resolutionen mußte man den Eindruck gewinnen, es fehle ihnen der Glaube an die revolutionäre Kraft, sie leben in einer Art ökonomischen Fatalismus. Was zusammengebrochen ist, ist allerdings noch nicht der Kapitalismus; der ist sogar eifrig dabei, sich auch der revolutionären Epoche „anzupassen“. Da heißt es eben, alle revolutionäre Energie des Proletariats aufzurufen und zu organisieren. Das muß die Aufgabe der Partei sein. Das Mittel dazu ist das Räteystem. Die Arbeiterkräfte bloß zur Demokratisierung der Verwaltung zu benutzen, kann nicht genügen. Wenn man das Räteystem als politische Fiktion will, muß es auch der herrschende Faktor werden, auch in der Gesetzgebung. Wenn sich der Parteitag zum Räteystem bekennt, muß auch

die Rolle der Gewerkschaften in der bisherigen Form aufgegeben sein. Von Tarifen kann in revolutionären Zeiten keine Rede mehr sein. Die wichtige Funktion der Gewerkschaften würde also automatisch fortfallen. Von Arbeitsgemeinschaften müssen wir vollständig mit aller Energie abtrüben. Mit einem Abtrüben usw. kann es keine Gemeinsamkeit, kein Zusammenarbeiten geben. Das Proletariat braucht in dieser neuen Epoche neue Führerkräfte, die nicht mehr das Leben von der parlamentarischen Herrschaft zu betrachten, und die auch nicht mit Parteiführern sind. Durch das Räteystem ist die Möglichkeit gegeben, solche neuen Führer heranzubilden. Hoffnungsvolle Kräfte sind bereits da. In der unabhängigen Partei steht noch ein gut Teil Konterrevolutionär; der muß bestritten werden.

Angesichts der terroristischen Lage, der tatsächlichen

Schlußsatz der Produktion

durch zahlreichere Unterbrechung usw. haben wir verlangt, daß alle Arbeiter und Stellen, die mit der Produktion etwas zu tun haben, in gemeinsamer Sitzung besorgende Besprechungen zu er-

halten haben. Diese Verhandlung konnte nicht stattfinden, weil der Streik ausbrach. Es wird aber wichtig sein, daß diese Besprechungen bekannt und allgemein aufgestellt werden. Wir fordern zunächst die Einsetzung einer Zentralkommission zur Regelung der Produktion. Bis dahin müssen den Reichsämtern, besonders dem Demobilisationsamt, Arbeitervertreter beigeordnet werden. Die Demobilisationskommissionen in der Provinz müssen ebenfalls Arbeitervertretungen ernannt werden. Ferner soll eine genaue Feststellung unter Kontrolle der Arbeiterräte stattfinden. Die Produktion soll besonders auf Schaffung von Verkehrsmitteln und landwirtschaftlichen Maschinen eingestellt werden. Die Hochmaterialien usw. sind in erster Linie eben Industrien zuzuführen. Die für die Wiederaufrichtung des Reichslebens nötig sind, solche Besprechungen wären nicht mit Hilfe des Parteiparates aufzustellen gewesen und sind nicht mit seiner Hilfe durchzuführen. Hier zeigt sich eben die Notwendigkeit der Arbeiterräte. Nur das System der Arbeiterräte kann aus dem Chaos herausführen, in das uns der Krieg gebracht hat. Selbstverständlich ist ohne die Sowjetarbeiter nicht auszukommen. Von dieser Situation ist die Arbeiterschaft wohl allmählich überall informiert worden.

Das Räteystem ist nicht vom nationalen Standpunkt aus zu beurteilen, sondern auch vom internationalen Standpunkt aus. Aber mit einem Reformsozialismus kann eine Partei, die für das Räteystem eintritt, nichts zu tun haben. Und deshalb kann die Beteiligung in Fern, und zumal die Entscheidung von Männern wie Kautsky nicht gebilligt werden. Es ist unerböt, wenn die Angehörigen der Partei, sich nicht wenigstens auf den Standpunkt der Revolution klar zu stellen vermöchten.

Unsere ganze Tätigkeit muß eingestellt werden auf die soziale Revolution.

Die Kampforganisation der Zukunft werden dabei die Arbeiterräte sein. Die Partei wird die Aufgabe haben, die Massen dafür zu Schuln und zu erziehen. Dazu ist eine klare Stellungnahme nötig, eine Annahme der Resolution mit den von mir vorgeschlagenen Änderungen. (Beifall der Versammlung.)

Genosse Haase, der nunmehr das Schlusswort erhielt, beschloß sich zunächst mit den gegen ihn gerichteten Vorwürfen, die sich auf die Vergangenheit bezogen. Zu Unrecht hätten ihm die Fehler vorgeworfen, daß er sie in den entscheidenden Tagen im Stich gelassen habe. Ein Telegramm aus Wien habe die Partei niemals erreicht; auf mündliche Vorstellungen hin sei er aber sofort nach Wien gefahren und habe dort auch nach Kräften gewirkt. Roste, der zunächst die Kritik in Wien auf den Gedanken gebracht worden, daß in Wien die Revolution ihren Ausgang genommen habe. Dagegen ließ sich anschließend daran über die Aufgaben eines Führers der Partei

im Allgemeinen aus. Der Führer hat in erster Linie der Demokratie der Masseninteressen des Proletariats zu sein, aber man soll ihm nicht Geborgenheit zuweisen, und er darf sich auch nicht lediglich ins Schutzhorn der Massen bohren. Sein Beruf ist nicht die Betreuung zu pängeln; die Genossen an den einzelnen Orten müssen imstande sein, eine selbständige Tätigkeit zu entfalten. Wenn ein Führer in die Widerheit gerät, braucht er nicht zurück zu sagen: So gehe ich meine Wege. Das war für mich auch im August 1914 maßgebend, wo ich wohl — ich kann das ohne Ueberhebung sagen — am stärksten die Zusammenhänge erkannt hatte und für eine Abwägung der Kriegslage eintrat. Ich wurde damals überhört, warf aber deshalb die Hinte nicht ins Korn. Auch als die Frage des

Eintritt in die Regierung

nach der November-Revolution zur Entscheidung stand, vertrat ich die Ansicht, daß es besser sei, die Reichsregierung allein zu lassen und sie je nach ihrer Tätigkeit dann zu unterstützen oder zu bedrängen. Aber als fast alle Genossen, auch Kautsky, die heute in der kommunistischen Partei eine Rolle spielen, anderer Meinung waren, mußte ich mich in der Einsicht, daß es sich hier um keine Frage des Prinzip, sondern um eine Frage der Zweckmäßigkeit handelte. Dazu war ein Zwang der Umstände unabweisbar, dersebe Zwang, der die parlamentarische Zusammenfassung des Volksgenossen herbeiführte. Die im Rüstung Busch verarmten Soldaten drohten tatsächlich alles Gut und Klein zu verlieren, wenn nicht den Reichsregierungen die Hilfe der Räte zugebracht würde. Ueberdies haben die Genossen in der Provinz die nicht anders gehandelt als wie in Berlin. Sogar in dem sehr radikalen Würtemberg ist ein Genosse ins Ministerium eingetreten.

Es ist nun die Forderung erhoben worden, wir hätten früher wieder ausscheiden müssen. Mir uns mußte aber entscheiden sein, den richtigen phibologischen Moment abzuwarten, bei dem die Massen den Grund zum Ausschreiten verabschieden würden. Ein Austritt bei der Reichsregierung wäre ein schwerer politischer Fehler gewesen, nachdem wir erreicht hätten, daß die endgültige Entscheidung dem Rätekongress überantwortet werde. Ende Dezember war aber der richtige Augenblick und die Notwendigkeit zum Ausschreiten gekommen. Die Genossen hätten nur die Gründe, die uns damals zum Eintritt zwangen, überall im Lande verbreiten sollen, statt unrichtige Kritik an uns zu üben. Das wäre eine wichtige Agitation für unsere Politik gewesen. Ganz falsch ist es, zu sagen,

unser Tätigkeit in der Regierung

sei ergebnislos geblieben. Wir haben zum ersten Male eine vollkommene Annäherung für alle militärischen Vorgehen und Verbindungen einschließlich der Delegation durchgeführt, wir haben die Befehlsbefugnis abgelehnt, alle Ausnahmemaßnahmen gegen die Bandenweiser aufgehoben und dadurch eine klare revolutionäre Strömung in der Landarbeiterschaft ermöglicht. Wir haben die Freiheit durchgeführt und dabei Vorzüge gewonnen, daß keine Zeitung mehr Papier zugekauft werden mußte einer anderen. Endlich haben wir das Gesetz über die Bildung der Volkswirtschaft durchgesetzt, bei der alle Rangangehörigen abgesetzt und die Wahl der Führer durch die Soldaten eingeführt wurde. In einem bürgerlichen Kontraktionskabinett werden die radikalen Elemente nicht an die Hand gedrängt werden, in einem rein sozialistischen Kabinett braucht das nicht der Fall zu sein. Wir würden uns niemals über den verbürglichen Charakter dieser um Scheitern. Aber wir haben den Glauben, daß es möglich sein werde, die Massen aufzurufen und daß diese einen Druck auf die Ober-Scheidemann ausüben würden. Tatsächlich waren wir im Kabinett den Reichsregierungen auch sehr unangenehm; das beweist ihr Jubel, als wir ausgedrungen waren.

Genosse Haase wandte sich dann gewissen Vorwürfen der Genossen gegen. Wenn ich feinerzeit richtigstelle, daß ich keine Gelder russischen Ursprungs erhalten hätte, so war das einfach

eine Bestätigung des tatsächlichen Sachverhalts. Wegen die gegenseitige Unterstützung der nationalen Parteien haben wir nie Stellung genommen. Allerdings hat die Parteiliste zweimal die Annahme von Geldern abgelehnt; das eine Mal, weil die Halbpunkte dafür vorhanden waren, das andere Mal, weil der russischen Republik, nicht der Parteiliste, nicht der Parteiliste, das zweite Mal, weil das Geldangebot von bürgerlichen Kapitalisten im neutralen Ausland kam. Von bürgerlicher Seite kann die Partei natürlich abgelehnt werden, so geschah es mit dem Ausbruch des Dankes für das hochherzige Anerkennen und mit dem Hinweis darauf, daß in Rußland die Not noch größer war als bei uns. Schließlich kann auch kein Zweifel bestehen, daß bei einzelnen Genossen in Rußland bei dem Angebot der Regierungsbank mitwirkte, dadurch für die gegenwärtige russische Regierung bei uns Propaganda machen zu können.

Einsetzung der Sozialisationskommission

war aller Anlaß gegeben. Zweifellos ist das Proletariat zeit für die Sozialisation. Aber es kann nicht alles allein machen. Die Macht der Genossen liegt auf die Revolution hinneigen, die zentralisierte Bürokratie zu beseitigen. Wie aber dieses nicht dadurch geschehen wird, daß man zunächst alles kaputt schlägt, um dann neu aufzubauen, so muß es auch auf wirtschaftlichem Gebiet geschehen werden. Ein solcher Plan für die Ueberleitung der Wirtschaft in den Sozialismus ist nötig, und dabei müssen alle Kräfte zur Mitarbeit herangezogen werden, die einen sicheren Einblick in die ökonomischen Verhältnisse haben.

Ich habe gewiß keine Angst, die Diktatur des Proletariats in die Tat umzusetzen. Als wir in die Regierung eintraten, haben wir ja schon schon bewiesen, daß wir Diktatoren sein wollen. Man soll nur nicht immer Reden von der Diktatur reden, man soll sie wirklich durchführen. Das Räteystem ist ein wichtiges Organ der Diktatur, aber nicht identisch mit der Diktatur des Proletariats. Wenn auch Däumig sagt, es sei abhängig von der Kultur des einzelnen Landes, so beweist das schon, daß es auch nicht überall unbedingt nötig ist. Eine sozialistische

Nachnahme des russischen Räteystems

können wir nicht für richtig halten. Die Nationaldemokratie war in Deutschland unumgänglich. Wenn wir sagen: Nationalverwaltung und Räteystem, so bedeutet das, keine Unklarheit, sondern will im Gegenteil alle Unklarheit aufheben. Die Nationaldemokratie war nicht aufgehoben, weil auch eine Mehrheit des sozialistischen Proletariats sie für richtig hielt. Man kann sagen, daß diesen Anhängern der Nationaldemokratie des Staat gefehlt ist, müssen wir uns abfinden mit dem, was ist. Die Diktatur des Proletariats ist als Ueberwachungsorgan notwendig. Aber erst müssen wir zur politischen Macht gelangen, müssen wir die Bourgeoisie überwinden. Dazu ist nicht ein Schwall von revolutionären Worten, sondern die revolutionäre Tat nötig.

Genosse Däumig hat die revolutionäre Bestimmung im Gegensatz zu der bloß radikalen gestellt. Das er uns aber als Programm für die Tätigkeit der Arbeiterräte mitteilte, das Rang gar nicht so revolutionär; das genügt vielmehr von einem ehrlichen Reformeifer, bis die ganze Macht erlangt sein wird. Das ist genau dasselbe, was auch wir wollen. Wenn wir erst die volle Macht haben, brauchen wir uns mit kleineren Quasifaktoren nicht mehr abzugeben. Ganz verfehlt ist es, von einem einseitig ökonomischen Denken in geringfügigen Wendungen zu sprechen. Wir können gerade Kautsky nicht dankbar genug sein, daß er uns in seiner Proklama „Der Weg zur Macht“ so früh und so klar schon die revolutionäre Epoche gekennzeichnet hat. Dabei hat gerade auch er schon die Bedeutung der revolutionären Willens Kapital und Arbeit ein, die durch irgendwelche Arbeitsgemeinschaften nicht überbrückt werden können. Und wenn jetzt Pläne der Regierung verkündet, daß diese — einschließlich Zentrum und Demokraten — die Sozialisation durchzuführen bereit sei, aber gar schon durchgeführt habe, so könnte das nur als Spießbücherei angesehen werden. Der erste Akt der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit hat sich vollzogen, die weiteren werden folgen. Durch die

Verhängung des Belagerungszustandes

läßt sich die Entwicklung nicht aufhalten. Aber es ist charakteristisch, daß die Regierung jetzt das Gesetz von 1850 über den verhängten Belagerungszustand ausgearbeitet hat und daß ein Eugen Ehrlich, der einst an der Spitze der Reichsregierung in Tiergarten marschierte, dieses Gesetz zur Bekämpfung des Massenstreiks jetzt mitunterzeichnet hat. Dem Kriegsdienstgeber aus der Zeit so brutal auf uns los. Kein Wunder, wenn ein Mann wie Traub sich ihm soeben erwehnt fühlt.

Wenn wir diesen Leuten gegenüber scharf den Scheidungsstrich ziehen, muß uns aber auch jeden Augenblick das Krächzen von links bewusst bleiben. Die „rote Fahne“ hat wirklich scharfe Worte gegen den Bolschewismus gefunden. Wenn alle Kommunisten sie beherzigen wollten, wären wir einig. Aber an allen Orten haben sich Elemente in die kommunistische Partei hineingedrängt, die sie zum Bolschewismus treiben. Dagegen müssen wir uns mit Entschiedenheit wenden.

Wenn die Genossin Jettin angekündigt hat, sie würde gegebenenfalls einen Strich ziehen zwischen sich und uns, würden wir ihr Ausschreiben nicht nur schmerzhaft empfinden, sondern auch als großen politischen Fehler betrachten. Nachdem in Rußland Menschewiki und Bolschewiki sich wieder annähern, würde ein solches Fortrücken von uns gegen den Geist der Geschichte sein. Nicht spielen, sondern

Zusammenfassen aller Kräfte

muß die Partei sein, auch ein Heranziehen jener Kräfte, die heute noch im rechtssozialistischen Lager stehen, die aber zu uns gehören! Ich kann mit denselben Worten schließen, die ich schon im September 1918 auf der gemeinsamen Konferenz mit den Reichsregierungen gebrauchte: Wir müssen die Einheit der Partei, aber nicht einer Partei, in der dem Imperialismus offen oder verdeckt Konzeptionen gemacht werden, nicht einer Partei des abgeschwächten Klassenkampfes! (Beifall der Versammlung.)

In einer persönlichen Bemerkung wandte sich dann die Genossin Jettin gegen einzelne Ausführungen Kautskys darüber, daß Haase viel zu schnell aus Wien wieder abgereist sei.

Genosse Haase stellte darauf richtig, daß er tatsächlich länger als dargestellt in Wien gewesen sei.

Genossin Jettin stellte dann weiter richtig, daß sie sich nicht gegen die Sozialisationskommission an sich, sondern gegen ihre schleppende Arbeit gewandt und daneben allerdings auch die Aktion des Proletariats gefördert habe.

Genosse Kautsky protestierte gegen die Vorwürfe, daß die Sozialisationskommission nicht radikal und entschieden genug gearbeitet habe. Die Regierung habe die Vorwürfe der Sozialisation nur noch nicht verstanden.

Es folgten darauf die Abstimmungen. Ein Antrag Haase im Antrag 9 des letzten Tages, in der Programmatischen Rundgebung den letzten Satz wie folgt zu formulieren:

„Sie erstrebt die Herrschaft des Proletariats als des Vertreters der großen Weltmacht; das bedeutet die Zerstörung des Proletariats als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus“

wurde gegen eine starke Widerheit abgelehnt. Anträge, die darauf abzielten, den Parlamenten ausschließlich oder auch im ersten Linie nur insofern Bedeutung zuzuschreiben, als sie Gelegenheit zur Aufrüstung der Massen im Wahlkampf und von der Tribüne herab geben sollen, wurden abgelehnt. Schließlich fand die Programmatische Rundgebung als Ganzes mit allen gegen 8 Stimmen Annahme. Angenommen wurde ferner ein Antrag Reußlin zur Frage der Landesverteidigung.

Darauf trat die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung wurde zunächst die Diskussion noch einmal über die am Vormittag beschlossene Programmatische Rundgebung angenommen. Ursprünglich war darin gefordert worden: Annullierung der Kriegsanleihen ohne jede Einschränkung. Jetzt wird Genosse Dr. Rosenfeld auf gewisse Konsequenzen dieser Formulierung hin, die aber nicht im Sinne vieler liegen, die dafür gestimmt hätten. Den armen Kriegsanleihen dürfte man ihr letztes Wort nehmen, wenn es in Kriegsanleihe angelegt sei, und die Krankenkassen, Sparbanken und auch die Gemeinden müßten vor schwerer Schädigung ihrer Mitglieder durch eine Annullierung der Kriegsanleihen geschützt werden. Er beantragte, die am Vormittag beschlossene Formulierung in der eben bereits herabgesetzten Art und Weise abzuändern. Mehrere Redner unterstützten diesen Antrag. Genosse Haase hätte es am liebsten gesehen, wenn die Forderung auf Annullierung der Kriegsanleihen ganz fortgelassen wäre. Vor der Annahme großer Vermögen werde seiner zurückzuführen. Eine Annullierung der Kriegsanleihen würde aber zu großen Ungerechtigkeiten führen. Die unverschuldeten Feinde würden nur zu einem Teil betroffen werden, nachdem die Banken und viele reiche Leute ihre Zeichnungen längst abgeschoben hätten. Berücksichtigt müßte auch werden, daß die Gremien während des Krieges verpflichtet worden seien, die Gelder der ihnen anvertrauten Kinder in Kriegsanleihen anzulegen. Es würde eine Unverschämtheit und Verhöhnung sein, diese Gelder jetzt einfach zu konfiszieren. Zum mindesten sollte die Annullierung in der von Rosenfeld gewünschten Weise beschränkt werden. Einzelne andere Redner sprachen gegen den Rosenfeld'schen Antrag, der jedoch mit großer Mehrheit Annahme fand.

Inzwischen war, nach einem Beschluß, gegebenenfalls auch einem besondern Vorhaben der Partei Stimmrecht im Parteivorstand zu gewähren, in die Wahl der beiden Vorsitzenden der Partei eingeweiht worden. Das Wahlergebnis ergab bei 178 insgesamt abgegebenen Stimmen für Haase 154, für Däumig 100, für Dittmann 58, für Crippien 8 und für Dittmann 4 Stimmen, während eine Stimme unglücklich blieb. Nach Bekanntgabe dieses Abstimmungsergebnisses erklärte Genosse Haase, die Wahl nicht annehmen zu können. Gerade in einer so bewegten Zeit wie dieser sei dringend eine Einheitsfront in der Partei nötig. Zwischen ihm und Däumig beständen aber die verschiedensten Anschauungen. Dazu kam, daß Däumig es abgelehnt habe, sich mit ihm, Haase, auf dieselbe Kandidatenliste zur Nationalversammlung setzen zu lassen. Schließlich wurde er innerhalb der Partei wieder keine Pflicht tun und habe auch dort das Seine leisten zu können. — Däumig erklärte, die Wahl annehmen zu wollen. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Lipinski leitete darauf mit, daß ein weiterer Wahlgang nötig sei, da von den übrigen Kandidaten keiner die absolute Mehrheit der Stimmen besitze. Nunmehr leitete Dittmann seinerseits eine nachmalige Kandidatur ab. Genosse Rosenfeld-Berlin wies darauf hin, daß durch die Ablehnung Haases eine ganz neue Situation entstanden sei, die eine Vertagung des Parteitag auf kurze Zeit nötig mache, damit die Parteimitglieder zunächst einmal in ihrer eigenen Stellung nehmen können. Von anderer Seite wurde die Einsetzung einer Kommission angefordert, damit keine „Schiedungen“ vorkommen könnten. Eine Anregung, den ganzen Wahlgang zu wiederholen, fiel auf Widerspruch. Am für den nächsten Däumig benötigten Vorhaben sollte ein zweiter Wahlgang stattfinden. Nach längeren Erörterungen wurden die Verhandlungen auf einige Zeit vertagt, um den Landmännschaften Gelegenheit zu geben, die neue Situation zu besprechen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Genosse Herz-Hamburg, daß es sich nicht um eine Personenfrage handle, sondern daß Haases Ablehnung der Ausdrucksfähigkeit Gegenstände sei. Die Situation sei durch die Entwicklung der Dinge völlig verändert worden. Die vom Parteitag angenommene Resolution ohne Qualifikation. Aus dieser Tatsache müßte man die Konsequenzen ziehen. Man müßte die Mitgliedschaften im Lande befragen, ob sie nach rechts oder links marschieren wollen. Die Gegenstände in der Partei seien erst auf dem Parteitag in voller Schärfe in die Erscheinung getreten. Die Vorstandswahl müßte bis zu einem neuen Parteitag verschoben werden, der in etwa 4 bis 6 Wochen stattfinden könne. Es sei eine ganz klare Situation nötig und auf die Dauer sei die Trennung der beiden Richtungen unermittelbar.

Genosse Ernst-Hagen sprach im Namen der Mehrheit der westfälischen Delegation. Der Ausschlag zwischen den Richtungen solle beachtet werden. In diesem Sinne hätte auch die Vorstandswahl vertagt werden. Wenn sie genügt hätten, daß Haase das Zusammenarbeiten mit Däumig ablehnen würde, wären ihre Stimmen nicht auf Däumig entfallen. Sie verlangen deshalb die Wahl des gesamten Vorstandes.

Genosse Obuch-Düsseldorf: Die leitenden Grundgedanken Däumigs haben auf dem Parteitag Anerkennung gefunden. Es sei keine Resolution im Sinne Haases angenommen worden. Im Interesse der Einheit der Partei hätten alle Anhänger des Sozialismus auch für Haase gestimmt. Ein nachmaliger Parteitag sei für eine demokratische Partei ein unumgänglicher Vorbehalt.

Genosse Gottschall-Kasselberg: Die Resolution entsprache weder ganz Haases noch ganz Däumigs Anschauung, sondern habe eine Mittelstufe ein. Haase habe für die Resolution gestimmt, Däumig aber dagegen, obwohl die Linie Däumig näher liege, als Haase. Wenn Haase nicht annehmen wollte, so dürfe der Parteitag sich daran nicht betten lassen. Es sei ausgeschlossen, daß der Parteitag die bereits getroffene Wahl zurücknehme.

Genosse Kattien-Beine wandte sich gegen die Vertagung der Vorstandswahl und erklärte für die Delegierten aus Braunschweig und Hannover es für unmöglich, daß nach Annahme der Programmatischen Erklärung die Partei sich einen Vorstehenden absondere, der nicht auf dem Boden dieser Erklärung stehe. Däumig müsse zurücktreten.

Genosse Schweig-Höchst verlangt im Namen der Delegierten aus Hessen-Rhein-Neuwahl.

Genosse Adolf Hoffmann-Berlin: Die Partei habe auf dem Parteitag, wenn jetzt aus Furcht vor der eigenen Courage keine Wahl vorgenommen werde. Die Nichtwählung Däumigs sei ein großer Schaden für die Partei. Durch die Wahl hätten wir uns überlistet und werden das Werk nach links beschleunigen. Däumigs Wahl sollte nach außen hin zeigen, daß die Partei einen Schritt nach links gemacht habe. Die Wahlkommission der Wahl wurde die Partei bestimmen.

Genosse Dittmann-Frankfurt: Die Sache geht über die Person, aber deshalb sei ein Verhältnismäßig zu suchen. Der Hand nach links sei durch die Beschläge des Parteitag beschlossen. Er muß sich für die Personfrage sein. Man solle Beschlüsse bringen, damit er zur Verhängung bereit. Genosse Klaus-Danzig beantragt Haases Rücktritt. Man muß aber nicht die westfälischen Delegierten werden geschlossen für Crippien eintrieten.

Genossin Fieß: Däumig habe mich erklärt, mit Haase nicht zusammenarbeiten zu können. Er sei deshalb auch aus dem Parteivorstand ausgetreten. Däumig habe mit den revolutionären Diskussionen Verhandlungen geschlossen zu dem Zweck, diese der kommunistischen Partei zuzuführen.

Genossin Thüringen: Der Streit sei keine persönliche Frage, sondern Ausdruck der politischen Gegensätze. Er tritt deshalb für Vertagung der Parteitag ein.

Schmidt-Düsseldorf: Das Zusammenarbeiten mit den Kommunisten in Düsseldorf habe trotz großer Mobilismus zum Trennungskampf gezwungen. Das Recht liege auf Seiten Haases. Däumig müsse zurücktreten. Er trete bei der Neuwahl für Crippien ein, der eben so weit links stehe wie Däumig. Rechts und links dürften nicht von uns gelassen werden, sonst würde die Partei zur Sekte.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Däumig zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen: Wir standen um die Wende des vergangenen Jahres in einer Parteilinie. Die wichtigsten Elemente der Partei waren unzufrieden. Auch ich und meine Freunde waren mit der Haltung der Partei nicht einverstanden. In den Reihen der revolutionären Elemente tauchte der Gedanke der Vertagung mit dem Spartakusbund auf. Bei den Verhandlungen haben wir uns als Gegner der parteilichen Linie bekannt und Einflussnahme der Elemente auf Taktik und Politik des Spartakusbundes verlangt. Diese Bedingungen wurden abgelehnt. Dem Versuch der Elemente, eine eigene Partei zu gründen, habe ich mich mit allen Mitteln widersetzt. Bei der Wahl zur Nationalversammlung habe ich mich aus sachlichen Gründen nicht mit Haase auf eine Liste setzen lassen. Ich habe heute morgen nicht für die Entlassung gestimmt, weil ich nicht im Saale war. Ich erkläre aber, daß ich gegen sie gestimmt haben würde. Trotzdem glaube ich innerhalb der U.S.P. in der Richtung meiner Resolution wirken zu können. Deshalb habe ich dem Wunsche meiner Freunde nach einer Kandidatur stattgegeben. Ich glaube mit Haase zusammenarbeiten zu können. Obwohl mir viel daran liegt, die Partei nach links zu ziehen, so wenig bin ich dafür zu haben, daß die Vertagung durch einen Streit mit Personen veranlaßt wird. Ich bitte deshalb den Parteitag eine Neuwahl vorzunehmen und siehe meine Kandidatur zurück.

Genosse Haase erklärte, keinen Anlaß zum Parteitag gegeben zu haben. Die Zusammenarbeit mit Däumig ist für mich keine Personenfrage. Däumigs Ablehnung gegen die Resolution zeigt klar den politischen Gegensatz zwischen uns. Deshalb ist die Zusammenarbeit im Interesse der Partei nicht möglich.

Es werden daraufhin bei der Neuwahl der Vorsitzenden Crippien und Haase vorgeschlagen. Der Wahl durch Abstimmung widerspricht Wolf Hoffmann. Bei der durch Abstimmung vorgenommenen Wahl werden 145 Stimmen abgegeben, davon sind 15 unglücklich. Crippien erhielt 128, Haase 107, Däumig 17 Stimmen und Gottschall eine.

Crippien und Haase sind als Vorsitzende gewählt und nehmen die Wahl an.

Als Sekretäre werden gewählt Fieß mit 99, Dittmann mit 91 Stimmen. Außerdem erhielt Bühler-Kemstedt, der seine Kandidatur zurückgezogen hatte, 24 Stimmen.

Adolf Hoffmann verschiebt auf die Wahl als Vizepräsident. Bei der Wahl als Vizepräsident erhalten Stimmen: Kaufmann 92, Remig 77, Dr. Rosen 63, Malchow 62, Schünig 46, Adolf Hoffmann 10, Bengels 4, Dreifeld 1. Die drei ersten sind gewählt.

Während der Festhaltung des Ergebnisses der Wahl des Vereins und der Kontrollkommission hat Haase die Ergebnisse dieser Wahl bereits mitgeteilt. Die Red. hält Haase eine kurze Schlussansprache. In Berlin habe ein schwerer blutiger Kampf, der mit herrlichen Schmiedewerkzeugen durchgeführt wurde. Vor der Gewaltherrschaft dieses Regimes empfanden wir Abscheu. Wir dürfen aber noch weiteren Bestrafen nicht talentlose Junker bleiben. Die Revolution sei nicht abgeschlossen. Unsere Kämpfe nur Mittel der Sache zu dienen, unser Entschluß müsse dahin gehen, die alten Scharen zusammenzubrechen und neue Kämpfer für die Befreiung des Proletariats zu gewinnen. Der Vorsitzende Lipinski schließt darauf den Parteitag.

Groß-Berlin.

Um die Gemeindefrühen.

Da die preussische Regierung bisher einer Auflösung der Magistrate und der Gemeindevorstände aus dem Wege gegangen ist, muß in den Gemeinden dahin gewirkt werden, daß die Möglichkeit einer Neuwahl von Magistratsmitgliedern und Gemeindefrühen geschaffen wird durch Niederlegung der Mandate durch ihre jetzigen Inhaber. In einer Reihe von Gemeinden haben die Schöffen erklärt, dem nachzutun. In Brühl haben die vier unbesoldeten Schöffen erklärt, mit Ablauf des Rechnungsjahres ihre Ämter niederzulegen. In Lennep wurde ein Antrag beider sozialdemokratischen Fraktionen, wonach die unbesoldeten Schöffen ihre Ämter niederlegen sollten, mit 13 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Zwei der bisherigen Schöffen, die als Gemeindevorsteher gewählt wurden, stimmten bei der Abstimmung mit. In Reinickendorf werden die unbesoldeten Schöffen ihre Ämter zur Verfügung stellen. In der Paulowen Gemeindevorstellung beantragten 18 Mitglieder der U.S.P.D. und die 13 Mitglieder der S.P.D., die Gemeindevorstellung möge beschließen, die Regierung aufzufordern, die jetzt noch bestehenden Gemeindevorstände bzw. Magistrate aufzulösen. Der Antrag gelangte mit 27 gegen 26 bürgerliche Stimmen zur Annahme. Einmütig beschloß wurde der Eintritt der unbesoldeten Schöffen. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Bürgermeister, daß nach einer ihm im Rinkierum gewordenen Auskunft die Gemeindevorstände Aussicht hätten, daß sie im Wege einer Unterordnung erweitert werden könnten, wenn die Gemeindevorstellungen solche Beschlüsse fassen, und beim Ministerium beantragen. Unserer Ansicht nach genügt das noch keiner Richtung, die Gemeindevorstände und Magistrate aufzulösen. Das kann nur ein Notbehelf sein. Verlangen müssen wir die Aufhebung des Zweikammer-systems, und zwar so schnell wie irgend möglich. Wir wissen, daß es Arbeit macht, die zahlreichen in Preußen vorhandenen Magistratsverfassungen einheitlich zu gestalten, aber man soll nur nicht so unempfindlich sein und reinen Tisch machen. Im Augenblick werden unsere Genossen in den Gemeindevorstellungen den widerwilligen, am Ante liegenden unbesoldeten Gemeindevorständen und Magistratsmitgliedern derbe auf die Gehirnen treten müssen. Die Herrschaften, die da widerstreben, dürfen sich nicht wundern, wenn ihnen ganz offen das Mikroskop ausgesprochen wird. Dann aber muß den unbesoldeten Schöffen und Magistratsmitgliedern eine Aufwandsvergütung gewährt werden, wenn solche Ämter auf die Dauer nicht das Monopol von Rentnern und andern reichen Leuten sein sollen, wie das höher der Fall war. Dieser Zustand muß aufhören.

Achtung! Arbeiter- und Soldatenräte!

Heute vormittag 10 Uhr findet in den „Germania-Praktiken“, Chausseest. 110, eine Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte statt. — Tagesordnung: Stellungnahme zum Rätekongreß. Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates. gez. Richard Müller. gez. Reue.

Alexander-Moissi-Vortragsabend.

Der am Sonntag, den 8. März angeordnete Vortragsabend konnte der Verhältnisse halber nicht stattfinden, findet jedoch voraussichtlich Sonntag, den 10. März, 3-5 Uhr statt. Billets sind noch in den Kreisbüros der Kreise, sowie im Kreisbüro, Schillerstr. 5, zu haben. Verkaufte Billets behalten ihre Gültigkeit. Der Bezirksbildungs-ausschuß.

Auch eine revolutionäre Errungenschaft.

Nach vor der Revolution, unter dem alten Regime, hat man für gewisse mittelalterliche Einrichtungen und Gebräuche kein Verständnis mehr gehabt und sie gänzlich oder teilweise zu Festhalten getrieben. So wurden z. B. auch bei einer großen Zahl von vorbestrafen Personen diese Vorstrafen aus dem Strafregister gestrichen und sie so von einem ihnen anhaftenden Mal befreit. Sollte man es für möglich halten, daß heute noch eine Behörde es wagen darf einem Reichen eine jahrelang zurückliegende ganz geringfügige Strafe im Güterregister zu bezeichnen und den Betroffenen dadurch am Erlangung ehelicher Arbeit zu hindern? Wir hätten es nicht geglaubt, wenn und nicht das Original vorgelegen hätte. Die betreffende Behörde ist das Berliner Polizeipräsidium. Von ihm verlangte ein Arbeiter zwecks Erlangung einer Stellung bei einer Krankenkasse die Ausstellung eines Führungsattest. Darin heißt es nun zum Schluß: „Am 14. 5. 18 wegen Bettelns mit 3 Tagen Haft bestraft.“ — Vor sechs Jahren wurde der damals noch blühende Mensch auf der Wanderschaft von einem Gendarmen beim Betteln ergriffen und er erhielt dafür die erwähnte Strafe. Abgesehen davon, daß mander — und besonders auf der Wanderschaft — gebietet hat, der es in seinem späteren Leben zu hohem Ansehen gebracht hat, warum muß nun ein Arbeiter das durchaus wissen. Betteln ist doch kein Verbrechen, sondern nur ein Vergehen. Und die Tatsache, daß der Betroffene — übrigens ein Kriegsbeteiligter — sich seit Jahren durch Arbeit ernährt hat, sowie doch genügend, um ihm jeden noch anhaftenden Makel wieder abzunehmen, kann das ein solches Vergehen nicht bestrafen, dann muß es ihm eben klar gemacht werden, daß solche vermoderten Anschauungen, wie sie sich in dem genannten Vermerk ausdrücken, in unsere Zeit nicht mehr hineingehören.

Die Zurückziehung der Freiwilligenkorps aus Neufölln, verlangt.

Die unabhängigen sozialdemokratischen Stadträte haben, wie wir schon kurz meldeten, an den Magistrat der Stadt Neufölln folgende Anfrage gestellt:

„Welche Schritte gedenkt der Magistrat zu unternehmen, um eine Zurückziehung der Freiwilligenkorps aus Neufölln herbeizuführen. Der gegenwärtige Zustand muß auf die Bevölkerung provokierend wirken, er gefährdet das Leben der Einwohner und behindert den notwendigen Verkehr in der Stadt.“

Die Interpellation dürfte in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten am Freitag zur Verhandlung kommen.

Die konstitutionelle Fabrik auf demokratischer Grundlage.

Am 1. März fand vor dem Gewerbegericht eine Verhandlung statt, die die in den kleinen Fabrikbetrieben herrschenden Zustände in drastischer Weise beleuchtete. Der Dreher C. Schneider, der seit über anderthalb Jahren bei der Firma C. K. H. in, Behrensstr. 23, beschäftigt gewesen war, wurde nach Ausbruch der Revolution durch die Arbeiter zum Betriebsrat gewählt. Erst nach einer Reihe ergebnisloser Verhandlungen zwischen S. und H. bequame sich letzterer, die längst gefälligst festgelegten, elementarsten Rechte der Arbeiter, wie die Einführung des Achtstundentages, zu bewilligen. Der Streik am 10. Januar hat S. einen Vorwand, um den ihm schuldigen S. zu entlassen. Auf die Frage nach dem Grunde der Entlassung sagte S.: „Ich brauche keinen Betriebsrat.“ Der von S. angerufene Schlichtungsausschuß erkannte die Entlassung als ungerechtfertigt an, und S. wurde demgemäß zur sofortigen Wiedereinstellung des S. verpflichtet. Das lehnte S. jedoch ab, so daß S. von neuem dem Gewerbegericht Klagens mußte. In der Verhandlung, die von dem Magistrat von Schulz geleitet wurde, gelang es S. vermöge der hierherstimmenden Zeugenaussagen sämtliche Anschuldigungen des S. zu widerlegen. Den Ausschlag gab der Umstand, daß S. auch am Tage nach dem Streik gearbeitet hatte, obwohl dies mit Auflösung des Strekes geschehen war. — S. wurde mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen.

Bezeichnend für die Art, in der die Verhandlungen geführt wurden, ist es, daß der Magistrat von Schulz auf den dringenden Verbot der Fällung einer Unterbrechung. Die sich im Laufe des Prozesses gegen Huhn erhob, nicht ergriffen ist.

Da Herr Huhn die Frage der Betriebsräte so robust auf eigene Faust gelöst und hierbei eine so wichtige Unterstützung von Seiten des Gewerbegerichts gefunden hat, ist es in seinem Interesse, daß der pöbelliche Entlassung des S. seinen Betriebsrat nach. Dafür wirkt unter den dort beschäftigten Leuten ein Parteimitglied, der seine dienstfreie Zeit mit Arbeiten in der Werkstatt ausfüllt. Die Arbeit ist trotz der Kostenknappheit und trotz aller behördlichen Verordnungen auf 8 1/2 bis 9 1/2 Stunden erhöht worden, ohne daß bisher von irgend einer Seite Einspruch dagegen erhoben worden wäre! — Fürwahr, die konstitutionelle Fabrik auf demokratischer Grundlage!

Bersäwunden ist seit Sonntag früh Herr Wilm Stühling, Völschenberg, Kreuziger Straße 22. Stühling fuhr am Sonntag früh 10 Uhr mit einem neuen Schlägerwagen, vor dem eine große, dunkelbraune Stute gespannt war, nach der Expedition der „Freiheit“, um Zeitungen abzuholen. Von dieser Fahrt ist Stühling nicht mehr zurückgekehrt, und es ist nicht festzustellen, wo er geblieben ist. Bekleidet war St. mit blauem Jackettanzug, grauem Heberzieher aus Rindfleisch, hellgrünem Besenrock und schwarzen Lederhandschuhen. Bei sich hatte er eine Brieftasche mit 2000 Mark. Wer Auskunft geben kann, wird gebeten, solche an obige Adresse gelangen zu lassen.

Der Internationale Bund der Kriegsbeteiligten und Kriegshinterbliebenen (Ortsgruppe Charlottenburg) hält am Donnerstag, den 13. März, abends 7 Uhr, im Volkshaus Charlottenburg seine monatliche Bezirksversammlung ab. Kameraden und Kriegshinterbliebenen erscheinen möglichst. Derselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Männergesangsverein Kamellos betritt am Sonntag, den 16. März in der Singakademie im Konzenrtal ein Jubiläumskonzert unter Mitwirkung bewährter Kräfte. Eintrittskarten zu 1,25 Mark sind an den im Interzentralle bezeichneten Stellen zu haben.

Aus den Organisationen.

Reinickendorf-West. Die Schloßblöcke für heute (Mittwoch) befinden sich in Gruppe 1 bei Reinickendorf, Waldstraße; Gruppe 2 und 3 bei Regal, Chausseest. 110; Gruppe 4 bei Reinickendorf, Waldstraße; Gruppe 5 bei Reinickendorf, Chausseest. 110; Gruppe 6 bei Chausseest. 110; Gruppe 7 bei Chausseest. 110; Gruppe 8 bei Chausseest. 110; Gruppe 9 bei Chausseest. 110; Gruppe 10 bei Chausseest. 110; Gruppe 11 bei Chausseest. 110. Wichtige Zusammenkünfte.